

Öffentliche Niederschrift
3. Sitzung der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen

Sitzungstermin: Mittwoch, 04.03.2026
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 19:20 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Bezirksvertretungsmitglied

Ralf Bohnes	SPD
Eugen Lenz	CDU
Bert Buschmann	CDU
Laura Buil	CDU
Phillip Heiler	CDU
Renate Glombitza	CDU
Jutta Kluß	SPD
Hartwig Kompa	SPD
Maren Krauße	SPD
Sven Pascheberg	SPD
Kevin Burmeister	AfD
Wolfgang Kempkes	AfD
Birgit Mumm	AfD
Hartmut Mumm	AfD
Thomas Wolf	AfD
Tim Heinzen	GRÜNE X PAR- TEI
Sabine Teuchert	GRÜNE X PAR- TEI
Angelika Glauch	LINKE.LISTE
Sven Christian Konrad	BSW

Verwaltung

Joelina Huth
Birgit Wilken

Gäste

SPD-Geschäftsstelle	SPD
---------------------	-----

Verwaltung

Gäste und weitere Teilnehmer

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Eröffnung	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Aktuelle Stunde	
4	Entscheidungen	
4.1	Errichtung eines Fußgängerüberwegs auf der Hermann-Albertz-Straße in Höhe der Alsenstraße	B/18/0503
5	Anhörung (A) / Kenntnisnahme (K) / Mitwirkung (M)	
5.1	Bürgerbeteiligung in Oberhausen: Vorhabenliste März 2026	B/18/0414
5.2	Antrag der AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: Ruhrpark-Planung im Rahmen der IGA 2027	A/18/0538
5.3	Antrag der AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: S.O.S. Oberhausen – Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit für unsere Heimatstadt!	A/18/0539
6	Berichte	
6.1	Quartiersentwicklung Schladviertel: Eckpunkte für die zukünftige Entwicklung des Möbelhausareals	M/18/0465
6.2	Sachstand zum IGA 2027 Projekt: „Ruhrpark – Grüne Runde im Stadtteilpark“	M/18/0482
6.3	Umgestaltung des Weges zwischen Berliner Park und ÖPNV-Trasse	M/18/0483
6.4	Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW für die Förderperiode 2025	M/18/0486
6.5	Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW für die Förderphase 2026	M/18/0487

TOP	Betreff	Drucksache
6.6	Aktualisierung des Baumkonzeptes für die Stadt Oberhausen	M/18/0489
6.7	Ergebnis des Antrags der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen – Erreichbarkeit der Innenstadt vom ASB Pflege- und Begegnungszentrum am Annemarie-Renger-Weg.	M/18/0535
7	Anträge	
7.1	Antrag der AfD-Bezirksfraktion Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Prüfung der Errichtung eines Taubenhauses im Stadtbezirk Alt-Oberhausen	A/18/0408
7.2	Antrag der AfD-Bezirksfraktion Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Entfernung der Wegweiser zur Handwerkskammer Ruhr und zum TÜV in Höhe der Mülheimer Straße 24	A/18/0542
7.3	Antrag der AfD-Bezirksfraktion Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Überprüfung und Anpassung der Signalführung an den Lichtsignalanlagen Mülheimer Straße (gegenüber der ÖPNV-Anbindung) sowie im Kreuzungsbereich Mülheimer Straße / Brücktorstraße	A/18/0543
7.4	Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt – Installation eines Geländers an der Luise-Albertz-Halle	A/18/0557
7.5	Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 und § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt – Sachstand Querungshilfe	A/18/0558
7.6	Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gem. § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: Ergänzende Beschilderung an der Einmündung Schlägelstraße auf die Grenzstraße	A/18/0552
7.7	Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zur Verkehrssituation Mellinghofer Straße	A/18/0553

TOP	Betreff	Drucksache
7.8	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Umzäumte Hundefreilauffläche Gutenbergplatz (Südmarkt) im Bereich Grenzstraße / Scharnhorststraße	A/18/0565
7.9	Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zur Verkehrsberuhigung im direkten Umfeld der Kreuzung Hiberniastr./Rehmer/Fritz-Eickelen-Str	A/18/0585

Niederschrift**Öffentlicher Teil****1 Eröffnung**

Herr Bezirksbürgermeister Bohnes eröffnet die 3. Sitzung der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen für die Wahlzeit 2025 – 2030. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung sowie die form- und fristgerechte Übersendung der Unterlagen fest.

Bezüglich der Tagesordnung gibt es mehrere Hinweise:

Der am 27.02. aufgenommene Tagesordnungspunkt 5.4 – Bebauungsplan Nr. 762 Alleestr. – wurde nach der Mitteilung durch die Stadtkanzlei durch die Verwaltung zurückgezogen, da auf Wunsch des Oberbürgermeisters hierzu weiterer Beratungsbedarf besteht. Die Vorlage wird in der kommenden Sitzung am 29.04 erwartet.

Der Tagesordnungspunkt 7.2 – Antrag der AfD-Bezirksfraktion gemäß §2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Entfernung der Wegweiser zur Handwerkskammer Ruhr und zum TÜV in Höhe der Mülheimer Straße 24, Drucksachennummer A/18/0542 – wird von der Tagesordnung genommen. Die Begründung hierfür lautet wie folgt:

Gemäß §4 Absatz 1 der Bezirksvertretungsrichtlinien zur Hauptsatzung der Stadt Oberhausen, können Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 GO NRW zu allen den Stadtbezirk betreffenden Angelegenheiten Vorschläge und Anregungen machen.

Nach §7 Absatz 2 der Bezirksvertretungsrichtlinie entscheiden Bezirksvertretungen auch über Einzelmaßnahmen [...] soweit es sich nicht um Erledigung von Geschäften der laufenden Verwaltung oder um unaufschiebbare Beseitigung von Mängeln handelt.

Da es sich bei dem Tagesordnungspunkt 7.2 um ein Geschäft der laufenden Verwaltung und zudem kein Vorschlag bzw. Anregung formuliert worden ist, wird der TOP von der Tagesordnung gestrichen.

Nach Rücksprache mit der Verwaltung genügt ein Hinweis via E-Mail an den Fachbereich 5-6-10 damit fehlerhafte Wegweiser aktualisiert bzw. entfernt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Bohnes schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6.2 – Sachstand zum IGA 2027 Projekt: „Ruhrpark – Grüne Runde im Stadtteilpark“ als Tagesordnungspunkt 5.2 vorzuziehen.

Entgegen der Stimmen der Fraktion AfD wird der Vorschlag beschlossen.

Herr Kempkes beantragt die Streichung des TOP 7.9 mit der Begründung, dass die Vorlageerstellung verfristet gewesen sei. Herr Bohnes erläutert ausführlich die Aufnahme des TOP.

Frau Glauch beantragt die Streichung des TOP 5.3. Sie begründet dies mit der unsachgemäßen Darstellung innerhalb des Antrages.

Der Antrag wird entgegen der Stimme von Frau Glauch abgelehnt.

Herr Hülsebusch wird aufgerufen und lädt zur Stadtteilkonferenz Brückenschlag am 25.03.2026 ein.

--

2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Fragen vor.

3 Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge zur Aktuellen Stunde vor.

4 Entscheidungen

**4.1 Errichtung eines Fußgängerüberwegs auf der Hermann-Albertz-Straße in Höhe der Alsenstraße
B/18/0503
ungeändert beschlossen**

Herr Buschmann sowie Frau Krauße danken der Verwaltung für die Prüfung der Vorschläge.

.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen fasst einstimmig folgenden Beschluss:
--

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen beschließt, die Errichtung eines Fußgängerüberwegs auf der Hermann-Albertz-Straße in Höhe der Alsenstraße.

Finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 30.000 EUR stehen zur Verfügung:

Für den konsumtiven Teil der Baumaßnahme in Höhe von 18.000 EUR

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	2026
560012010190	Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Verkehrsflächen	521608	Instandhaltung Querungsstellen	52.000 EUR

Die Kosten für die Baumaßnahme in Höhe von 18.000 EUR sind Bestandteil der oben dargestellten Haushaltsansätze für 2026.

Für den investiven Teil, die Beleuchtung, in Höhe von 12.000 EUR

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	2026
56001201012000 0	Straßenbeleuchtung	7852.00	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	4.850.000 EUR

Die Kosten für die Baumaßnahme in Höhe von 12.000 EUR sind Bestandteil der oben dargestellten Haushaltsansätze für 2026.

Eine Umsetzung erfolgt unter dem Vorbehalt einer Haushaltsgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

5 Anhörung (A) / Kenntnisnahme (K) / Mitwirkung (M)

5.1 Bürgerbeteiligung in Oberhausen: Vorhabenliste März 2026 B/18/0414 angehört

Frau Krauße bittet die Verwaltung, dass bei zukünftigen Vorlagen eine Aufteilung in die jeweiligen Stadtbezirke vorgenommen wird. Dies soll dabei helfen, die Vorlage übersichtlicher zu gestalten.

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen vollzieht die Anhörung.

5.2 Antrag der AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: Ruhrpark-Planung im Rahmen der IGA 2027 A/18/0538 angehört

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen vollzieht die Anhörung ohne Wortmeldungen.

--

Der Rat der Stadt möge beschließen, dass im Zuge der derzeit in Vorbereitung befindlichen Planungen zur Umgestaltung des Ruhrparks im Stadtteil Alstaden im Rahmen der IGA 2027 die nachfolgenden Grundsätze, Zielvorgaben und Prüfaufträge verbindlich in die weitere Konzeptentwicklung durch die Verwaltung aufgenommen werden.

1. Anwohnerfreundliche Baustellenorganisation und Bürgerinformation

Bereits in der Planungsphase ist sicherzustellen, dass bei späteren Baumaßnahmen zur Umgestaltung des Ruhrparks

- die Arbeiten abschnittsweise und möglichst anwohnerverträglich erfolgen,
- technische Vorkehrungen zur Lärm- und Staubminderung berücksichtigt werden,
- ein bürgernahes Informationskonzept erstellt wird (regelmäßige Mitteilungen vor Ort und online zu Bauzeiten, Sperrungen, Fortschritt etc.).

Diese Anforderungen sind frühzeitig in künftige Ausschreibungen und Leistungsbeschreibungen zu integrieren.

2. Betriebskostenkonzept und bürgerschaftliches Engagement von Anfang an mitdenken

Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zur Ausarbeitung der Planung ein Konzept zur langfristigen Unterhaltung und Pflege des Ruhrparks zu erarbeiten, das insbesondere folgende Elemente umfasst:

- Möglichkeit von „Pflegepatenschaften“ (z. B. für Beete oder Einzelbereiche) durch engagierte Bürger, Schulen oder Vereine,
- Prüfung von „Sponsoringmodellen“ für einzelne Parkelemente, ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Zweckbindung,
- Bewertung der Betriebskosten mit dem Ziel einer dauerhaft tragbaren Haushaltsbelastung.

Diese Überlegungen sind von Anfang an in die Fördermittelbeantragung, Kostenschätzung und Entwurfsplanung einzubeziehen.

3. Besucherlenkung und Sicherheitskonzept im IGA-Kontext mitplanen

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Vorplanung gemeinsam mit den IGA-Verantwortlichen und den zuständigen Behörden ein tragfähiges Konzept zur Besucherlenkung, Verkehrsführung und Sicherheit zu entwickeln, das folgende Punkte umfasst:

- Lenkung größerer Besuchergruppen während der IGA (z. B. Schulklassen, Touristengruppen),
- Vermeidung von Überlastungen im angrenzenden Wohngebiet durch verkehrsregelnde Maßnahmen,
- barrierefreier Zugang zum Parkgelände,
- Integration von Sicherheitsdiensten und Rettungswegen.

Das Konzept ist in die bauliche und organisatorische Gesamtplanung zu integrieren.

4. Frühzeitige Einbindung der Denkmalschutzbehörden

Sofern im Bereich des Ruhrparks denkmalrechtlich relevante Strukturen oder Anlagen bestehen, wird die Verwaltung beauftragt, diese frühzeitig mit der Unteren Denkmalbehörde und bei Bedarf mit dem LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland abzustimmen.

Ziel ist ein frühzeitiger Interessenausgleich zwischen denkmalpflegerischen Anforderungen

und den gestalterischen sowie funktionalen Zielen der Parkneugestaltung.

5. Mittelstandsfreundliche und faire Vergabestrategie verankern

Die Verwaltung wird beauftragt, die künftigen Ausschreibungen für alle Planungs- und Ausführungsleistungen im Zusammenhang mit dem Ruhrpark-Projekt so vorzubereiten, daß

- kleinere und mittlere Unternehmen durch sinnvolle Losaufteilung eine echte Chance zur Teilnahme erhalten,
- Ausschreibungen auch über lokale Kanäle (z. B. IHK, Handwerkskammer) bekanntgemacht werden,
- vergaberechtskonforme ökologische oder soziale Kriterien berücksichtigt werden (z. B. kurze Transportwege, Ausbildungsbetrieb).

Alle Maßnahmen sind im Einklang mit dem GWB und der UVgO/VOB vorzunehmen.

6. Prüfung temporärer ortsnaher Parklösungen für Besucher während der IGA

Die Verwaltung wird beauftragt, bereits in der Konzeptphase geeignete ortsnahe Flächen im Umfeld des Ruhrparks zu identifizieren, auf denen im Veranstaltungszeitraum der IGA 2027 temporäre oder rückbaubare Parkmöglichkeiten eingerichtet werden könnten. Dabei sind insbesondere zu prüfen:

- Nutzung von geeigneten städtischen Flächen außerhalb von Landschaftsschutzgebieten (z. B. mit Rasengittersteinen),
- Kooperation mit Schulen oder Vereinen zur Nutzung von Außenflächen an Wochenenden,
- dezentrale Kurzzeitparkzonen in fußläufiger Entfernung (z. B. Sporthalle Bebelstraße),
- Verkehrsmaßnahmen zur Entlastung von Anwohnern (z. B. Einbahnregelungen, zeitlich begrenzte Anwohnerzonen).

Die Prüfung ist frühzeitig mit dem IGA-Konzept und den Fördermittelbedingungen abzugleichen. Ein entsprechender Lösungsvorschlag ist dem zuständigen Fachausschuss bis spätestens 30. Juni 2026 vorzulegen.

**5.3 Antrag der AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: S.O.S. Oberhausen – Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit für unsere Heimatstadt!
A/18/0539
angehört**

Nach Wortbeiträgen von Frau Krauß, Herrn Kempkes, Frau Glauch sowie Herrn Konrad vollzieht die BZV Alt-Oberhausen die Anhörung.

--

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung erarbeitet einen „Masterplan Kommunale Sicherheit“ für die Stadt Oberhausen. Im Fokus sollen die Stadtteile, bzw. öffentlichen Bereiche stehen, in denen ein im städtischen Vergleich erhöhtes Kriminalitätsaufkommen feststellbar ist oder in welchen das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich schlechter ist als im Durchschnitt.

Das übergeordnete Ziel ist es, die Sicherheit zu erhöhen, die Ordnung durchzusetzen und die Sauberkeit im öffentlichen Raum spürbar zu verbessern. Der Masterplan „Kommunale Sicherheit“ beinhaltet deshalb folgende konkrete Maßnahmen und Aufträge an die Verwaltung:

A) SICHERHEIT STÄRKEN

1) Systematische Erfassung und Analyse sogenannter Angsträume

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Polizei, des kommunalen Ordnungsdienstes, gesellschaftlich relevanter Gruppen und durch Bürgerbefragungen eine flächendeckende Analyse mit besonderem subjektivem Unsicherheitsgefühl („Angsträume“) durchzuführen. Die Ergebnisse sollen u.a. kartographisch erfaßt und fortlaufend aktualisiert werden.

2) Stadtweites Konzept zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Die Verwaltung legt ein rechtssicheres Konzept vor, das in enger Abstimmung mit der Polizei geeignete Standorte für Videoüberwachung in Kriminalitäts- und Angsträumen identifiziert. Ziel ist ein gestufter Ausbau mit Prioritätenliste und Zeithorizont.

3) Bekämpfung der Messerkriminalität

Es ist ein spezifisches Konzept zu entwickeln, u.a. mit den Elementen:

- Schaffung von weiteren Messerverbotzonen, z.B. in Stadtteilzentren oder besonderen Kriminalitätsschwerpunkten, mit der Zielorientierung eines flächendeckenden gesamtstädtischen Verbotes,
- verbesserte und somit wirksame Kontrollen von Messerverbotzonen durch Polizei und KOD,
- verstärkte Präventionsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen,
- beständige öffentliche Hinweise auf bestehende Messerverbotzonen auch bei Großveranstaltungen.

4) Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität durch Ausländer und Asylbewerber

- engmaschige Kontrollen an Flüchtlingsunterkünften,
- gezielte Werte- und Gewaltpräventionsangebote,
- schnellerer Informationsaustausch mit der Ausländerbehörde bei sicherheitsrelevanten Vorfällen,
- kommunales Frühwarnsystem für Auffälligkeiten in und um Unterkünfte.

5) Gefahren- und Terrorabwehr auf kommunaler Ebene

- Aufbau eines Lagebildes zu sicherheitsrelevanten Entwicklungen (z.B. religiös motivierter Extremismus).
- Fortbildungsangebote für städtisches Personal zum Erkennen und Melden verdächtiger Vorkommnisse.

6) Stärkung der Zusammenarbeit mit der Polizei

Ausweitung gemeinsamer Streifen mit dem KOD und verstärkte Priorisierung von Einsätzen in Problemvierteln, auch zu „unüblichen“ Tageszeiten.

B) ORDNUNG DURCHSETZEN

7) Weiterer Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)

Der KOD ist personell und technisch weiter wirksam zu verstärken. Es ist ein belastbares Schicht- und Einsatzkonzept zu erarbeiten, das gezielte und dauerhafte Präsenz in Hotspots sowie in den Abend- und Nachtstunden vorsieht.

8) Sonderkontrollen zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung

Schwerpunktaktionen gegen Zwangsprostitution, Drogenhandel und -konsum, illegale Aufenthalte, illegales Glücksspiel, Vermüllung sollen wirksam koordiniert und regelmäßig durchgeführt werden.

9) Konsequente Verfolgung ordnungswidrigen Verhaltens

Ordnungsverstöße sollen niederschwellig, aber konsequent geahndet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanktionspraxis dahingehend weiter zu entwickeln, daß Wiederholungstäter verstärkt in den Fokus gerückt werden.

C) SAUBERKEIT VERBESSERN

10) Verbesserte und beschleunigte Erfassung und Beseitigung von Vermüllungsschwerpunkten

In Bereichen von Vermüllungs-Hotspots werden Reinigungsintervalle verkürzt, Kontrollen intensiviert und ggf. eine Kameraüberwachung eingerichtet.

11) Sauberkeitspatenschaften und Stadtteilaktionen verstärkt fördern

Die Verwaltung entwickelt ein Konzept zur verstärkten Förderung und Unterstützung von Bürgerinitiativen, Schulen, Vereinen und Unternehmen, die sich in Stadtteilen für ein sauberes Umfeld einsetzen möchten – durch verbesserte Ausrüstung, verstärkte Anerkennung und wirksame Öffentlichkeitsarbeit.

6 Berichte

6.1 Quartiersentwicklung Schladviertel: Eckpunkte für die zukünftige Entwicklung des Möbelhausareals

M/18/0465**zur Kenntnis genommen**

Ohne Wortmeldungen nimmt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage zur Kenntnis.

6.2 Sachstand zum IGA 2027 Projekt: „Ruhrpark – Grüne Runde im Stadtteil-park“**M/18/0482****zur Kenntnis genommen**

Vortrag durch Frau Stiehm & Herrn Ballmann

In einer langen Diskussionsrunde bedanken sich die Mitglieder der Bezirksvertretung für den Vortrag. Frau Krauße, Herr Pascheberg und Frau Teuchert stellen Verständnisfragen zum Vortrag. Herr Kempkes bemängelt, dass noch keine Planungen von Parkflächen ersichtlich sind, Herr Dr. Palotz antwortet, dass die ÖPNV-Anbindung mitberücksichtigt wurde und Stellplätze bereits heute schon vorhanden sind.

Die Antwort seitens der Verwaltung stellt dar, dass an das langfristige Konzept für die Anwohner des Ruhrparks gedacht ist und mit hohen Besucherströmen nicht gerechnet wird. Sollten doch höhere Besucherzahlen erwartet werden, wird über Pendelsysteme mit dem ÖPNV nachgedacht.

Herr Heinzen stellt einen Antrag auf Ende der Debatte, welcher entgegen der Stimmen der AfD angenommen wird.

Herr Jehn bittet im Abschluss um den respektvollen Umgang mit der Arbeit der Kollegen aus der Verwaltung und bittet zudem darum, Kritik an die Dezernatsleitungen zu richten.

Anschließend nimmt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage zur Kenntnis.

6.3 Umgestaltung des Weges zwischen Berliner Park und ÖPNV-Trasse**M/18/0483****zur Kenntnis genommen**

Herr Buschmann bedankt sich für die schnelle Bearbeitung des Antrags.

Herr Wolf stellt eine Nachfrage an die Verwaltung, ob das Denkmal am Berliner Park, wie in einer früheren Amtsperiode angekündigt, verlegt werden soll.

Es wurde sich darüber geeinigt, dass die Beantwortung der Frage über das Protokoll erfolgt.

Anschließend nimmt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage zur Kenntnis.

Im Nachgang der Sitzung lautet die Beantwortung der Anfrage des Herrn Wolf wie folgt:

Im Rahmen der Prüfung der Anfrage konnten keine Planungen oder Beschlüsse zur Versetzung des Denkmals festgestellt werden.

Nach aktuellem Kenntnisstand ist eine Versetzung des Denkmals nicht vorgesehen.

**6.4 Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW für die Förderperiode 2025
M/18/0486
zur Kenntnis genommen**

Frau Krauße wirbt innerhalb des Gremiums um mehr Aufmerksamkeit für die Förderprogramme und bittet die Mitglieder der BZV um mehr Werbung hierfür.

Anschließend nimmt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage zur Kenntnis.

**6.5 Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW für die Förderphase 2026
M/18/0487
zur Kenntnis genommen**

Ohne Wortmeldung nimmt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage zur Kenntnis.

**6.6 Aktualisierung des Baumkonzeptes für die Stadt Oberhausen
M/18/0489
zur Kenntnis genommen**

Herr Koschnick hält eine Präsentation.

Die Mitglieder der BZV Alt-Oberhausen danken Herrn Koschnick für die ausführliche und interessante Präsentation. Im Anschluss gibt es Nachfragen von Frau Krauße und Herrn Kempkes.

Diese werden ausführlich beantwortet.

Die BZV Alt-Oberhausen nimmt die Vorlage abschließend zur Kenntnis.

**6.7 Ergebnis des Antrags der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen – Erreichbarkeit der Innenstadt vom ASB Pflege- und Begegnungszentrum am Annemarie-Renger-Weg.
M/18/0535
zur Kenntnis genommen**

Herr Buschmann dankt der Verwaltung für die erneute Überprüfung.

Anschließend nimmt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage zur Kenntnis.

7 Anträge

-
- 7.1 Antrag der AfD-Bezirksfraktion Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Prüfung der Errichtung eines Taubenhauses im Stadtbezirk Alt-Oberhausen
A/18/0408
abgelehnt**

Herr Burmeister begründet die Antragstellung ausführlich.

Herr Heinzen erinnert an einen Antrag seiner Partei aus der BZV Sterkrade und befürwortet das Thema, lehnt jedoch den Antrag ab da jedwede Zusammenarbeit mit der AfD abgelehnt wird.

Herr Konrad benennt weitere positive Aspekte für ein Taubenhaus.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen mit Mehrheit gegen die Stimmen der AfD und des BSW folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Errichtung eines Taubenhauses im Stadtbezirk Alt-Oberhausen zu prüfen.

-
- 7.2 Antrag der AfD-Bezirksfraktion Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Entfernung der Wegweiser zur Handwerkskammer Ruhr und zum TÜV in Höhe der Mülheimer Straße 24
A/18/0542
abgesetzt**

TOP 7.2 wurde abgesetzt. Begründung: siehe TOP 1

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen – mit/ohne Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst mit großer Mehrheit/ mit Mehrheit/ einstimmig – gegen die Stimmen... – folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen beschließt, daß die Stadtverwaltung die auf der Mülheimer Straße in Höhe der Hausnummer 24 angebrachten Wegweiser zur Handwerkskammer Ruhr sowie zum TÜV entfernen läßt.

-
- 7.3 Antrag der AfD-Bezirksfraktion Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Überprüfung und Anpassung der Signalführung an den Lichtsignalanlagen Mülheimer Straße (gegenüber der ÖPNV-Anbindung) sowie im Kreuzungsbereich Mülheimer Straße / Brücktorstraße
A/18/0543
abgelehnt**

Herr Wolf begründet die Antragstellung.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der AfD folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Lichtsignalanlagen an der Mülheimer Straße gegenüber der ÖPNV-Anbindung (Haltestelle Feuerwache) sowie im Kreuzungsbereich Mülheimer Straße / Brücktorstraße zu überprüfen und geeignete signaltechnische Anpassungen vorzunehmen, um eine eindeutige und eindeutig erkennbare Zuordnung der Signalgeber zu den jeweiligen Fahrstreifen und Fahrtrichtungen sicherzustellen.

Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und – sofern technisch und wirtschaftlich vertretbar – umzusetzen:

Ergänzung eines zusätzlichen Signalgebers am Auslegerarm an der Mülheimer Straße, um alle drei Fahrstreifen eindeutig signaltechnisch zuzuordnen.

Anpassung der Positionierung und Erkennbarkeit der Linksabbieger-Signalgruppe im Bereich Mülheimer Straße / Brücktorstraße, so daß eine Verwechslung durch Verkehrsteilnehmer aus der Brücktorstraße sowie durch den auf der Mülheimer Straße aus nördlicher Richtung (Fahrtrichtung Süden) kommenden Verkehr ausgeschlossen wird.

Die Verwaltung berichtet der Bezirksvertretung über das Ergebnis der Prüfung sowie über mögliche Umsetzungsschritte.

**7.4 Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt – Installation eines Geländers an der Luise-Albertz-Halle
A/18/0557
ungeändert beschlossen**

Herr Buschmann begründet die Antragstellung.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Treppenanlage, die den neugestalteten Verbindungsweg entlang der Luise-Albertz-Halle mit dem Haupteingang der Halle (CCO) verbindet, mit einem Geländer auszustatten.

**7.5 Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 und § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt – Sachstand Querungshilfe
A/18/0558
ungeändert beschlossen**

Herr Buschmann begründet die Antragstellung.

Die BZV Alt-Oberhausen beschließt einstimmig. Im Anschluss gibt Frau Wegmeyer den aktuellen Sachstand dar. Unter anderem ist eine weitere Entsiegelung geplant. Wie diese aussehen soll, ist aber noch nicht geplant.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, das Ergebnis der Prüfung zum Antrag A/17/4067-01 – Einrichtung einer Querungshilfe im Kreuzungsbereich Lipperheidstraße/Schillerstraße/Martin-Luther-Straße zu berichten und den aktuellen Sachstand einschließlich weiterer geplanter Schritte und einen Zeitrahmen mitzuteilen.

**7.6 Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gem. § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen:
Ergänzende Beschilderung an der Einmündung Schlägelstraße auf die Grenzstraße A/18/0552
ungeändert beschlossen**

Frau Krauße begründet die Antragstellung.
Herr Heinzen begrüßt den Antrag und erläutert, dass die Straße häufig verkehrt herum befahren wird um auf den nahegelegenen Parkplatz zu kommen.
Herr Kempkes bestätigt diese Aussage.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird um die Prüfung einer entsprechenden Beschilderung und Markierung an der genannten Stelle gebeten (siehe beigefügte Skizze). Ein Hinweis auf die Situation mit dem Zeichen „bei Rot hier halten“ und einer zusätzlichen Haltelinie vor der Einmündung könnten nach unserer Auffassung die Situation erheblich verbessern.

**7.7 Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zur Verkehrssituation Mellinghofer Straße A/18/0553
ungeändert beschlossen**

Die BZV Alt-Oberhausen beschließt einstimmig.

Anschließend gibt Frau Wegmeyer den aktuellen Sachstand zur Mellinghofer Str. dar und kündigt weitere Informationen bis zur Sommerpause an.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen einstimmig folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen beschließt, die Verwaltung um eine aktuelle Sachstandsmitteilung zu bitten, aus der hervorgeht, welche Ergebnisse die Prüfung der Anträge A/17/5671 und A/17/5672 bis lang erbracht haben, welche weiteren Maßnahmen gegebenenfalls geplant sind und wann mit einer Berichterstattung zu rechnen ist.

7.8 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Umzäunte Hunde-

freilauffläche Gutenbergplatz (Südmarkt) im Bereich Grenzstraße / Scharnhorststraße

A/18/0565

ungeändert beschlossen

Herr Heinzen begründet die Antragstellung.

Herr Kempkes stellt die Nachfrage, ob eine Umzäunung erbeten wird oder eine Umzäumung, da im Betreff und in der Vorlage zwei unterschiedliche Wörter benutzt worden sind.

Herr Heinzen betont, dass es sich hierbei um einen Tippfehler handelt und um einen Zaun gebeten wird.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen– fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen bittet die Verwaltung, die Einrichtung einer umzäunten Hundefreifläche im Bereich Grenzstraße / Scharnhorststraße einzuleiten.

7.9 Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zur Verkehrsberuhigung im direkten Umfeld der Kreuzung Hiberniastr./Rehmer/Fritz-Eickelen-Str
A/18/0585

ungeändert beschlossen

Bei Enthaltung der AfD beschließt die BZV Alt-Oberhausen die Vorlage.

Frau Wegmeyer gibt den aktuellen Sachstand dar und nennt die erfragten Kosten von ca. 150.000€

Frau Kluß übermittelt die Bitte der Anwohner, die Querungshilfen mindestens bis zum Ende der Maßnahme aufrechtzuerhalten. Herr Bohnes ergänzt, dass diese eventuell auch dauerhaft erhalten werden sollen.

Frau Wegmeyer gibt in Aussicht, dass die Querungshilfen nicht dauerhaft erhalten bleiben, definitiv jedoch bis zum Ende der Baumaßnahme.

Um 19:20 Uhr beendet Herr Bezirksbürgermeister Bohnes den öffentlichen Teil und die 3. Sitzung der BZV Alt-Oberhausen in der Wahlperiode 2025 – 2030.

Der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen fasst mit Mehrheit bei Enthaltung der Stimmen der AfD folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung erbittet von der Verwaltung einen Sachstandsbericht zur Verkehrsberuhigung im Umfeld der Kreuzung Hiberniastr./Rehmer/Fritz-Eickelen-Str vor dem Hintergrund der aktuellen, temporären Lösung angesichts einer Baustelle.

Bezirksbürgermeister
Ralf Bohnes